



Pressemitteilung

28. Januar 2019

Kohleausstieg: Welche Auswirkungen hat Kompromiss für Ibbenbüren?

Sundermann begrüßt gesellschaftlichen Konsens zum Ausstieg aus der Kohleverstromung

Ibbenbüren/Berlin. 2038 soll spätestens das letzte Kohlekraftwerk in Deutschland vom Netz gehen. Das hat jetzt die Kohlekommission in Berlin entschieden. Wann das Ibbenbürener Steinkohlekraftwerk geschlossen wird, steht noch nicht fest. Dennoch fordert der SPD-Landtagsabgeordnete für das Tecklenburger Land, Frank Sundermann, dass bei den Summen, die gerade für den Strukturwandel in den Kohleregionen zur Verfügung gestellt wurden, auch die Kohleregion Ibbenbüren nicht vergessen werden darf. Bei der Gewinnung von Strom aus Steinkohle sollen bis 2030 insgesamt 14,7 Gigawatt gegenüber 2017 eingespart werden.

Doch im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg wird derzeit fast ausschließlich von der Braunkohle gesprochen. Dabei sollen bis 2020 immerhin 7,7 Gigawatt aus der Steinkohleverstromung gegenüber 3 Gigawatt bei der Stromgewinnung aus Braunkohle eingespart werden. Daher hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ auch die Ausgangslage für die Standorte von Steinkohlekraftwerken untersucht. „Der erzielte gesellschaftliche Konsens über das Ende der Kohleverstromung ist zu begrüßen und ein wichtiger Schritt auf dem Weg, sowohl Arbeitsplätze, Versorgungssicherheit und bezahlbare Strompreise zu erhalten, als auch die notwendige Kohlendioxid-Reduzierung zu erreichen“, sagt Sundermann.

„Sollte das Kraftwerk Ibbenbüren früher schließen als es die technische Lebensdauer vorsieht, müssen auch finanzielle Mittel in unsere Region fließen, um Arbeitsplätze zu kompensieren und den Strukturwandel aufzufangen“, fordert Sundermann. Denn auch die Stilllegung von Steinkohlekraftwerken wirke sich auf die regionale Beschäftigung und Wertschöpfung aus. Laut RWE sind derzeit rund 140 Mitarbeiter

Pressekontakt
Wahlkreisbüro:

Dr. Marina Stalljohann-
Schemme

Am Velper Bahnhof 11
49492 Westerkappeln

☎: 05456/9348439

✉: marina.stalljohann-schemme@landtag.nrw.de

www.franksundermann.de

Verantwortlich für den Inhalt
Frank Sundermann MdL

Landtagsbüro

✉ Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

☎ 0211 / 884-2694

✉ frank.sundermann@landtag.nrw.de



Pressemitteilung

28. Januar 2019

im Kraftwerk tätig. „Wir haben in Ibbenbüren eine ähnliche Situation wie im Rheinland. Wir sind gerade mit der Schließung des Ibbenbürener Bergwerks aus Produktion von Steinkohle rausgegangen und müssen unter Umständen auch die Schließung des Kraftwerks auffangen. Daher müssen auch Gelder hierhin fließen, und nicht nur in die ähnlich betroffenen Regionen im Rheinland“, fordert Sundermann.

Die Kommission schlägt laut Sundermann ein umfassendes Gesetzespaket vor, um die Stärkung von Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung in Braunkohlerevieren und an betroffenen Steinkohlekraftwerksstandorten sicherzustellen. Ein Gutachten zeige zwar, dass die Steinkohlewirtschaft in der Regel eine geringere Bedeutung habe, als dies für die Braunkohle in den Revieren der Fall sei. Dessen ungeachtet spiele die Steinkohlewirtschaft aber auch in einigen Kreisen eine bedeutende Rolle für Wertschöpfung und Beschäftigung.

Sundermann: „Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass die Region Ibbenbüren beim Ausstieg aus der Stromgewinnung aus Steinkohle von den durch Bund und Länder zur Verfügung gestellten Mitteln profitieren wird.“

Zum Hintergrund

Seit 1954 wird im Kraftwerk Ibbenbüren Strom aus Steinkohle erzeugt. Jährlich werden hier rund 1,5 Millionen Tonnen Anthrazitkohle verstromt. Ende 2017 waren bundesweit 81 Kraftwerksblöcke auf Steinkohlebasis mit einer Leistung von 22,7 GW und rund 5.700 Beschäftigten im Markt aktiv. Steinkohlekraftwerke sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt, konzentrieren sich jedoch in den ehemaligen Steinkohle-Bergbaurevieren Ruhr- und Saarrevier, in Baden-Württemberg, in den Küstenregionen und entlang der Binnenwasserstraßen, da hier kostengünstige Transportmöglichkeiten für Importsteinkohle vorhanden sind. Der größte Teil der heute in Betrieb befindlichen Anlagen ist älter als 30 Jahre, etwa ein Viertel (6.232 MW) ging seit dem Jahr 2010 in Betrieb.